



# Große Herausforderungen für den Berufspolitischen Ausschuss

Vielfältige Themen standen auf der Tagesordnung des Berufspolitischen Ausschusses des Deutschen Philologenverbandes, der sich Anfang September in Göttingen zu seiner Herbsttagung getroffen hat.

von STEFFEN PABST &  
DR. THOMAS KNOBLAUCH

**T**homas Knoblauch, der den Ausschuss leitete, führte in seiner Begrüßung aus, dass immer mehr berufspolitische Themen in den Fokus rücken, da die Dienstherren bzw. Arbeitgeber in einzelnen Ländern dieser Problematik zu wenig Aufmerksamkeit schenken. So standen in der Sitzung

Themen wie Klassenfahrten, Beförderungen, Cybermobbing, Besoldung und Rente auf der Agenda.

## Engagement der Gymnasiallehrkräfte bei Schulfahrten wertschätzen

Viele Studien und Untersuchungen bestätigen den großen Stellenwert von Klassen- und Kursfahrten und Exkursionen, der zweifelsohne so-

wohl in den vermittelten Wissensinhalten als auch im pädagogischen Bereich liegt. Gerade Schulfahrten eignen sich zur Herausbildung fachübergreifenden Denkens und zur Entwicklung von Sozialkompetenz. Angesichts der zunehmenden Verrohung der Sprache in den sozialen Medien und der Spaltung in der Gesellschaft kommt gerade Letzterem immer mehr Bedeutung zu. Dem Wert von Schulfahrten für die Persönlichkeitsentwicklung unserer Schülerinnen und Schüler wird jedoch von Seiten der Finanz- und Kultusministerien ungenügend Rechnung getragen. Es ist aus Sicht des Deutschen Phi-

lologenverbandes ein Unding, dass die begleitenden Lehrkräfte die für die Durchführung solcher Veranstaltungen notwendigen Kosten zum Teil aus eigener Tasche bezahlen müssen. Die überwiegende Mehrheit der Gymnasiallehrkräfte opfert viel Freizeit für die Vorbereitung und Durchführung dieser Fahrten. Für sie ist es mit ihrem Berufsethos nicht vereinbar, auf diese Form der Bildung und Erziehung zu verzichten. Während bei Dienstreisen in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft anstandslos die dabei angefallenen Kosten übernommen werden, müssen >



»Viele berufspolitische Themen rücken in den Fokus des BRA, da die Dienstherren bzw. Arbeitgeber in einzelnen Ländern diesen Problematiken zu wenig Aufmerksamkeit schenken«, so Dr. Thomas Knoblauch, Leiter des Ausschusses.

die Finanzierung eines regelmäßigen Supports der Infrastruktur und die Bereitstellung von Hard- und Software für die Lehrkräfte. Es muss im Bildungswesen ebenso wie in der gewerblichen Wirtschaft selbstverständlich werden, dass die notwendige digitale Ausstattung der Lehrkräfte an den Gymnasien durch den Dienstherrn bzw. den Arbeitgeber zu erfolgen hat. Viele Lehrkräfte möchten ihre berufliche Nutzung von der privaten Nutzung der digitalen Endgeräte trennen. Dabei rücken auch datenschutzrechtliche Aspekte in den Vordergrund. Selbst für die Durchführung von Klassen- und Kursfahrten sind die Schulen nicht auf dem Stand der Zeit. Nicht jeder Kollege kann auf ein durch die Schule gestelltes mobiles Diensttelefon zur Kontaktaufnahme mit der Schulleitung und Eltern zurückgreifen.

Lehrkräfte oftmals um jeden Cent betteln. Dabei müssten es die Finanz- und Kultusministerien besser wissen. Zahlreiche Urteile stützen die Forderung des Deutschen Philologenverbandes nach voller Kostenübernahme durch die Bundesländer. Es darf nicht sein, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen bereits im Vorfeld einer Klassenfahrt in einzelnen Ländern im rechtlichen Graubereich bewegen müssen, um eine mehrtägige Schulfahrt realisieren zu können. Die Schulträger in den Ländern müssen endlich verpflichtet werden, den Gymnasien für die Abwicklung der Finanzen und deren Verwaltung entsprechend Konten einzurichten. Es muss jeder Lehrkraft die Möglichkeit gegeben werden, die Abwicklung der Finanzierung nicht rechtswidrig über ihre privaten Konten vornehmen zu müssen. Eine zentrale Forderung, die aus dem Gremium kam, war die Schaffung nach rechtskonformen Möglichkeiten der Abwicklung des Zahlungsverkehrs bei Exkursionen, Klassen- und Kursfahrten.

**> Lehrkräfte an den Gymnasien zahlen für die Digitalisierung oft selbst**

Der Digitalpakt, den der Bund und die Länder getroffen

haben, sieht die Schaffung einer digitalen Infrastruktur in den Schulen vor, um den zukünftigen Anforderungen der Bildung in einer zunehmend digitalisierten Welt gerecht zu werden. In diesem Pakt fehlen aber



Eine zentrale Forderung der Mitglieder des Gremiums ist die Schaffung rechtskonformer Möglichkeiten der Abwicklung des Zahlungsverkehrs bei Exkursionen, Klassen- und Kursfahrten.

Von Kolleginnen und Kollegen wissen wir, dass sie nur ungern die Telefonnummer ihres privaten Mobiltelefons für dienstliche Zwecke nutzen möchten. Auch Lehrkräfte wollen ihre Privatsphäre schützen und einem eventuellen Cybermobbing vorbeugen.

### ► Schutz vor Cybermobbing

Bereits auf der letzten Frühjahrstagung des Berufspolitischen Ausschusses hat sich das Gremium mit der Proble-

matik des Cybermobbings gegenüber Lehrkräften auseinandergesetzt. Heute ist es ein Leichtes, unter Verberbung seiner eigenen Identität in sozialen Medien Lehrkräfte zu diffamieren und zu diskreditieren. Das Gremium sieht seine Aufgabe auch darin, unsere Kolleginnen und Kollegen im Hinblick auf diese Problematik zu sensibilisieren und zu beraten. Daraus entstand im Ausschuss der Wunsch, einen Flyer zur Thematik des Cybermobbings zu

entwickeln. Dieser wurde abschließend erarbeitet und wird jetzt gestaltet und kann danach in den einzelnen Landesverbänden in der Verbandsarbeit genutzt werden.

Für die Frühjahrstagung hat sich der berufspolitische Ausschuss vorgenommen, sich mit den dienst- und arbeitsrechtlichen Aspekten der Nutzung von privater digitaler Infrastruktur im Unterricht auseinanderzusetzen. Ein weiterer Schwerpunkt

wird sich dem zweiten Ausbildungsabschnitt der Gymnasiallehrerausbildung zuwenden, um zu erreichen, dass aus berufspolitischer Sicht eine optimale Vorbereitung auf die Lehrtätigkeit erfolgt. Es muss verhindert werden, dass in den Zeiten eines durch eine verfehlte Personalpolitik der Länder verursachten Lehrkräftemangels in verschiedenen Regionen und Fächern, Referendare als billige Arbeitskräfte zur Unterrichtssicherung 'verbraucht' werden. ■

Durchgeführt von



Service for Entwicklungspolitik

Im Auftrag des



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Schulwettbewerb zur  
Entwicklungspolitik 2019/2020

LOKALES HANDELN  
GLOBALES MITBESTIMMEN

MEINE  
UNSERE  
ZUKUNFT?!  
DEINE



**Einsendeschluss: 2. März 2020**

[f](#) [@](#) #eineweltfueralle [www.eineweltfueralle.de](http://www.eineweltfueralle.de)

**Globale Themen gehen uns alle an!**

Mit dem Thema der 9. Runde des Schulwettbewerbs zur Entwicklungspolitik sind Ihre Schülerinnen und Schüler aufgerufen, nachhaltige und innovative Projekte für die EINE WELT zu entwickeln und gemeinsam umzusetzen. Kinder und Jugendliche aller Jahrgangsstufen und Schulformen haben die Möglichkeit, Beiträge zum Thema „Meine, deine unsere Zukunft?!“ Lokales Handeln – globales Mitbestimmen einzureichen und attraktive Preise im Gesamtwert von über 50.000 Euro zu gewinnen. Ganz gleich, ob Fotos, Texte, Videos, Kunst oder Musik: Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt!